

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Marc Vallendar (AfD)

vom 6. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 6. November 2023)

zum Thema:

Stand Strafanzeigen - Vorfall im Abgeordnetenhaus am 30.01.2020 "Liebig 34"

und **Antwort** vom 23. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Nov. 2023)

Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

Herrn Abgeordneten Marc Vallendar (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17300

vom 6. November 2023

über Stand Strafanzeigen - Vorfall im Abgeordnetenhaus am 30.01.2020 "Liebig 34"

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Bezugnehmend auf die DS 18/23872

1. Wie ist der Stand der im Zusammenhang mit dem Vorfall am 30. Januar 2020 im Abgeordnetenhaus von Berlin gestellten Strafanzeigen?

Zu 1.: Aufgrund der Strafanzeige im Zusammenhang mit dem Vorfall am 30. Januar 2020 im Abgeordnetenhaus von Berlin wurden bei der Staatsanwaltschaft Berlin zwei Sammelverfahren gegen insgesamt 14 Personen geführt.

Ein Verfahren wegen des Vorwurfs der fahrlässigen Körperverletzung zum Nachteil einer Mitarbeiterin des Sicherheitsdienstes des Abgeordnetenhauses gegen drei Beschuldigte wurde gemäß § 170 Absatz 2 Strafprozessordnung (StPO) eingestellt.

In dem anderen Verfahren, in welchem die übrigen Vorwürfe gesammelt bearbeitet worden sind, wurden zwei Personen durch das Amtsgericht Tiergarten im Wege des Strafbehelfsverfahrens zu Geldstrafen rechtskräftig verurteilt. Bezüglich der übrigen zwölf Beschuldigten wurde das Ermittlungsverfahren gemäß § 170 Absatz 2 StPO eingestellt.

2. Sind die Tatverdächtigen/Verurteilten der linksextremistischen Szene zuzurechnen?

Zu 2.: Ziel der Aktion am 30. Januar 2020 sollte es offenkundig sein, auf die bevorstehende Räumung des Hausprojektes „Liebig34“ aufmerksam zu machen.

Das „anarcha-queer-feministische Projekt ‚Liebig34‘“ fand bis zu seiner Räumung im Jahr 2020 als linksextremistische verfassungsfeindliche Bestrebung Erwähnung im Verfassungsschutzbericht Berlin. Nach polizeilichen Erkenntnissen sind die Tatverdächtigen dem Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität - links- zuzuordnen.

3. Welche Maßnahmen wurden seitdem ergriffen, um die Abgeordneten und die Würde des Hauses vor ähnlichen Übergriffen zu schützen?

Zu 3.: Das Hausrecht und die Polizeigewalt im Sitzungsgebäude werden durch die Präsidentin des Abgeordnetenhauses ausgeübt. Die Beantwortung obliegt insofern der Verwaltung des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Berlin, den 23. November 2023

In Vertretung
Esther Uleer
Senatsverwaltung für Justiz und
Verbraucherschutz